

Die wirtschaftlichen Maßnahmen in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern vormittag zunächst die Beratung der Bundesratsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung fort.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wies an Spezialfällen nach, daß die Zuschläge zu den Mahllöhnen sehr wohl etwas mäßiger gestaltet werden können. Infolge unsachgemäßer Behandlung seien nicht unbeträchtliche Mengen verdorben und das Brot verschlechtert worden. In der Obstverwertung bestehen Mißstände, gegen die ein Eingreifen der Regierung wünschenswert wäre. Die Lederpreise könnten niedriger sein, wenn das Reich auf jeden Vorteil verzichtete, die Preise der Häute dürfen nicht erhöht werden. Gegenüber dem gestrigen konservativen Redner betont ein sozialdemokratischer Abgeordneter, daß weite Kreise der Arbeiterschaft Not litten. Die Kartoffelpreise werden in die Höhe getrieben, auch das Gemüse steige immer noch im Preis. Man spricht von der Einführung zweier fleischerloser Tage, die Arbeiterbevölkerung habe bereits deren sieben. — Der Redner wendet sich dann dem Nachweis zu, daß die Einnahmen der lediglich auf die Reichsunterstützung angewiesenen Familien unzureichend seien. Die Zensur, gegen die der Redner verschiedene Beschwerden vorbringt, könne allerdings verhindern, daß solche Beschwerden in die Öffentlichkeit kommen. In Belgien seien die Lebensmittel billiger als hier. Die Festsetzung von Höchstpreisen muß vom Reich ausgehen, denn wenn einzelne Städte Höchstpreise festsetzen, so kommen einfach keine Waren hin.

Ein Zentrumsabgeordneter tritt für einen Antrag seiner Partei ein, der

ständige Mitarbeit des Reichstags

bei den Bundesratsmaßnahmen verlangt, wovon viel Gutes zu erhoffen sei. Mit den festgesetzten Kontingenten verschiedener Waren werde ein preistreibender Handel getrieben, so werden für das Recht, zu brauen, 28 bis 50 Mark pro Zentner bezahlt. Auch beim Hopfenhandel verdienen die Spekulanten Millionen. Es wäre zu wünschen, daß der Brauerbund direkt bei den Hopfenbauern einkaufe.

Ein weiterer Zentrumsabgeordneter fordert, daß das Eingreifen in der Hopfenfrage nicht zu spät erfolge, auch für Malz und Braugerste seien Höchstpreise notwendig, Futtergerste würde es ohne Höchstpreise überhaupt nicht geben. — Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung wünscht mehr Schutz der Landwirtschaft gegen Wildschäden. Die von den Landarbeitern etwa für sich selbst geerntete Gerste solle nicht beschlagnahmt werden.

Der Staatssekretär des Reichs-Schatzamtes erklärt den Antrag der fortschrittlichen Volkspartei auf Freigabe des Saccharins, wodurch auf die Zuckerpreise gedrückt werden soll, in der vorliegenden Form für unannehmbar. Die Regierung sei aber bereit, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob es möglich sei, Erleichterungen im Rahmen des bestehenden Gesetzes zu schaffen.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamt des Innern verbreitete sich über die Einführung von Höchstpreisen für Milch, Butter und Käse. Der allgemeinen Regelung dieser Sache stehen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Man werde diese Preise wohl nur örtlich festsetzen können.

Die Höchstpreise für Hülsenfrüchte

werden wahrscheinlich in den allernächsten Tagen veröffentlicht. Die Einführung von Höchstpreisen für Braugerste kann die Regierung nicht ohne weiteres zustimmen, sollte aber eine unerträgliche Preisteigerung sich herausstellen, dann wird man auch da eingreifen müssen. Allgemeine Höchstpreise für Eier, Fleisch usw. seien auch nicht durchführbar, auch hier werden lokale, kommunale Verordnungen am Platze sein.

Ein Nationalliberaler plädiert dafür, daß die Bestimmungen gegen den Lebensmittelwucher nun auch so durchgeführt werden, daß man nicht bloß die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, sondern gerade im Gegenteil diejenigen verantwortlich zu machen sucht, die übermäßig große Gewinne einheimen.

Ein Vertreter der Reichspartei empfiehlt die Einführung von Petroleumkarten, worauf ein Regierungsvertreter darauf hinweist, daß man eine Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Petroleum herbeizuführen sucht durch Vereinbarungen, die bereits mit der Petroleumgesellschaft getroffen sind. Es ist vereinbart, Petroleum vom 1. September in den Verkehr zu bringen und so zu verteilen, daß solche Örschäften, die andere Beleuchtungsmittel noch nicht eingeführt haben, in erster Linie versorgt werden. Dabei soll auch gebührende Rücksicht auf die Bedürfnisse der Primarbeiter genommen werden.

Ein Konservativer kommt auf die gestrige Debatte zurück und führt aus, es sei eine Täuschung, anzunehmen, daß die Spar Guthaben schon eine Bereicherung der Landwirte bedeuteten; im Gegenteil, durch den Mangel an künstlichen Düngemitteln usw. würde der Boden an Wert vermindert. Die Kleinmühlen arbeiteten billiger als die großen. Die Arbeit der Kriegsgefangenen komme nicht billiger als die freier Arbeiter, auch die Arbeitslöhne für Frauen seien gestiegen, so daß ihm doch scheine, daß die Höchstpreise eigentlich nicht ausreichen und höher hätten ausfallen müssen, wenn die Landwirtschaft hätte schadlos gehalten werden können.

Ein Sozialdemokrat spricht über die Beleuchtung mit Äthylen und weist darauf hin, daß Lampenkonstruktionen im Verkehr sind, die nicht alle Feuersgefahr ausschließen. Dies bestätigt ein fortschrittlicher Abgeordneter, der aber auch feststellt, daß Lampen im Verkehr sind, die durchaus allen Anforderungen genügen.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß Sorge getragen sei,

die Spiritusbeleuchtung mehr zu fördern.

Die Bevölkerung würde kaum in die Lage kommen, auf Hausbeleuchtung mit Äthylen im weiteren Umfang zurückkommen zu müssen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter regt an, die Petroleumbeleuchtung derjenigen Kasernen, denen auch andere Beleuchtung zur Verfügung steht, auszuschalten.

Ein nationaler Antrag, der sich gegen übermäßig harte Bestrafung leichterer Vergehen gegen Verordnungen wendet, die auf Grund des Belagerungszustandgesetzes erlassen sind, wird nach zustimmenden Worten des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes angenommen.

Die Kommission vertagt sich auf Sonnabend, vormittag 10 Uhr: Militärsachen, Nachtragsetat.